

Absender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Drucksachen-Nr. 426/2002
	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich
Antrag	
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼	zur Sitzung des
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Rat am 16.07.2002

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 27.06.2002 zur Verbraucherberatung in Bergisch Gladbach

Inhalt

Der Antrag vom 27.06.2002 ist beigefügt.

Stellungnahme der Bürgermeisterin:

In den bisherigen Gesprächen hat der Träger der Verbraucher-Beratungsstelle, die Verbraucher-Zentrale NRW, ausdrücklich darauf bestanden, dass er nicht zuständig sei für eine Veränderung der Finanzierungsmodalitäten. Die Verbraucher-Zentrale steht vielmehr auf dem Standpunkt, dass entsprechend der landesweiten Regelung die Kommune zahlungspflichtig sei, in der die Beratungsstelle arbeite. Wolle die Kommune sich Anteile bei Dritten zurückholen, sei dies ihre Sache. Allerdings erklärte sich der Träger auf nachdrücklichen Wunsch der Verwaltung bereit, sich an den entsprechenden Gesprächen mit den umliegenden Kommunen zu beteiligen.

Nach der bisherigen Praxis zahlt das Land Nordrhein-Westfalen einen gleich hohen Zuschuss wie die Kommune. Eine Absenkung des kommunalen Zuschusses bewirkt eine entsprechende Reduzierung des Landeszuschusses.

Im Übrigen wird auf die Sachdarstellung in der Drucksache 421/2002 (Antrag der SPD-Fraktion zur Verbraucherberatung) und die Drucksache 361/2002 (Mitteilungsvorlage für den Jugendhilfe- und Sozialausschuss) verwiesen. Für die Entwicklung der Verbraucherberatung in Bergisch Gladbach wird auf die Drucksachen-Nr. 416/2001 verwiesen.